

Vorlage Nr.: V1283/16
Datum: 26. Oktober 2016

Vorlage

Beratungsfolge

Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	zur Information
Ältestenrat		nicht öffentlich	zur Information
Integrations- und Ausländerbeirat		öffentlich	zur Information
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	beratend
Stadtrat		öffentlich	(federführend) beschließend

Zuständig: GB Arb, Soz, Gesundh, Wohnen

Gegenstand:

Erlass der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung von leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringungssatzung Asyl)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die beigefügte Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung von leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringungssatzung Asyl).

bereits gefasste Beschlüsse:

keine

aufzuhebende Beschlüsse:

keine

Finanzielle Auswirkungen/Deckungsnachweis:**Investiv:**

Teilfinanzhaushalt/-rechnung:

Projekt/PSP-Element:

Kostenart:

Investitionszeitraum/-jahr:

Einmalige Einzahlungen/Jahr:

Einmalige Auszahlungen/Jahr:

Laufende Einzahlungen/jährlich:

Laufende Auszahlungen/jährlich:

Folgekosten gem. § 12 SächsKomHVO Doppik
(einschließlich Abschreibungen):**Konsumtiv:**

Teilergebnishaushalt/-rechnung:

GB 5 Geschäftsbereich für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Wohnen

Produkt:

10.100.31.3.0.01 – Hilfen für Asylbewer-
ber/-innen

Kostenart:

33210000

Einmaliger Ertrag/Jahr:

Einmaliger Aufwand/Jahr:

Laufender Ertrag/jährlich:

162.783 EUR (in 2017/2018)

Laufender Aufwand/jährlich:

Außerordentlicher Ertrag/Jahr:

Außerordentlicher Aufwand/Jahr:

Deckungsnachweis:

PSP-Element:

Kostenart:

Werte der Anlagenbuchhaltung:

Buchwert:

Verkehrswert:

Bemerkungen:

Begründung:

Nach § 2 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 3 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 25. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 190, 190), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349), ist die Landeshauptstadt Dresden als untere Unterbringungsbehörde für die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verpflichtet und für die Umsetzung des Gesetzes verantwortlich. Die Aufgaben der unteren Unterbringungsbehörde sind weisungsgebundene Pflichtaufgaben i. S. dieses Gesetzes und unterliegen damit nur eingeschränkt der politischen Entscheidungsbefugnis des Stadtrates.

Von der Satzung zur Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung), welche unter der Vorlagennummer V0733/15 am 2. Juni 2016 vom Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beschlossen wurde und sich derzeit in Form eines Entwurfes zur Änderung der Unterbringungssatzung im Geschäftsbereichsumlauf befindet, ist der durch die gegenständliche Unterbringungssatzung Asyl erfasste Personenkreis der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht umfasst, sodass eine gesonderte Normierung zu treffen ist.

Mit der vorliegenden Unterbringungssatzung Asyl wird Grundlage des § 3 Abs. 4 SächsFlüAG eine Rechtsgrundlage für die konkrete Unterbringung des in § 1 der Satzung beschriebenen Personen-/Nutzerkreis geschaffen, welche Regelungen über die Zuweisung, die Verlegung, das Nutzungsverhältnis an sich und die Beendigung des Nutzungsverhältnisses enthält, so dass eine Regelungslücke geschlossen wird.

Die Satzung trägt dabei den besonderen Rechten und Pflichten des von der Landeshauptstadt Dresden untergebrachten Personenkreises der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Rechnung. Aus diesem Grund wurde mit dem Ziel der Rechtsklarheit auf eine zusammengefasste Satzung für alle durch die Landeshauptstadt Dresden unterzubringende Bedarfsgruppen verzichtet und die Trennung der beiden Satzungen beibehalten.

Mit den Nutzerinnen und Nutzern wird kein privatrechtliches Mietverhältnis begründet. Da die Unterbringungseinrichtungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen tragen, ist das Benutzungsverhältnis per Satzung auszugestalten und die Zuweisung per Verwaltungsakt vorzunehmen.

Der »Gebührenteil« ist notwendig, um von Leistungsempfängern »mit« Einkommen bzw. Vermögen Gebühren für die Nutzung von Unterbringungseinrichtungen der Landeshauptstadt Dresden erheben zu können. Die Gebührenerhebung richtet sich nach § 9 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG).

Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem grundsätzlichen Nutzerkreis nach § 1 Abs. 3 der Unterbringungssatzung Asyl und den tatsächlichen Gebührenschnldnern i. S. d. § 11 Abs. 4 der Unterbringungssatzung Asyl.

Auf Grund konkurrierender vorrangiger gesetzlicher Regelungen nach AsylbLG ergibt sich die Besonderheit, dass nur ein geringer Teil der Nutzer i. S. d. Satzung tatsächlich Gebührenschnldner ist, denn § 7 Abs. 1 Satz 3 AsylbLG enthält bereits eine gesetzliche Regelung zur Erstattungs-

pflicht von Nutzungsberechtigten i. S. d. § 1 Abs. 3 Unterbringungssatzung Asyl i. V. m. § 1 AsylbLG, soweit diese nicht sogenannte Analogleistungen i. S. d. § 2 Abs. 1 AsylbLG i. V. m. SGB XII erhalten. Dadurch wird die Beteiligung der Grundleistungsempfänger nach AsylbLG (insbesondere Gestattete, Geduldete) an den Kosten der Unterbringung – soweit diese über Einkommen oder Vermögen verfügen – nicht nach § 11 der Unterbringungssatzung Asyl, sondern ausschließlich durch gesonderten Erstattungsbescheid nach § 7 Abs. 1 Satz 3 AsylbLG erreicht, wobei die kalkulierte pauschale Gebühr nach Anlage 2 ebenso die Basis für die Erstattungsansprüche bildet.

Leistungsverpflichtet nach dieser Satzung bleiben somit ausschließlich Analogleistungsempfänger – soweit diese über Einkommen oder Vermögen verfügen.

Darüberhinaus wird die Unterbringung in den nach § 3 benannten Unterbringungseinrichtungen als Sachleistung gewährt, was eine Gebührenbefreiung zur Folge hat.

Die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Festlegung einer Kostenpauschale für Unterkunft und Heizung für Asylbewerber/-innen (Satzung Kostenpauschale Asylbewerber) vom 10. September 1998, veröffentlicht im Dresdner Amtsblatt Nr. 40/98 vom 1. Oktober 1998, geändert in Nr. 42a/01 vom 18. Oktober 2001 genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr.

Mit Beschlussfassung der Satzung wird ein wichtiges und dringend notwendiges Regelwerk verabschiedet. Es verdeutlicht den Nutzerinnen und Nutzern, welche Rechte aber auch Pflichten ihnen aus der öffentlich-rechtlichen Unterbringung erwachsen und gibt gleichzeitig der Verwaltung die Möglichkeit entsprechend des Einzelfalls passgenau reagieren zu können.

Es wird insgesamt mit Erträgen in Höhe von 162.783 EUR gerechnet. In der Haushaltsplanung 2017/2018 sind auf Grundlage der Satzung „Kostenpauschale Asylbewerber“ vom 10. September 1998 bereits 14.950 EUR berücksichtigt. Da die Unterbringungssatzung Asyl nicht mehr innerhalb des Haushaltsplanungsprozesses 2017/2018 beschlossen wird, sind mit der Beschlussvorlage Mehrerträge in Höhe von 147.833 EUR in den Jahren 2017 und 2018 umzusetzen.

Die erzielten Erträge berechnen sich dabei auf Grundlage der in Anlage 2 dargestellten Kalkulation der Benutzungsgebühr wie folgt:

kalkulierte Anzahl Gebührensschuldner nach dieser Satzung	60
kalkulierte Gebühr nach Anlage 2	339,13 EUR
Prognose der Gebührenschild nach Anrechnung von Einkommen oder Vermögen	
25 v. H. der Personen p. a. schulden 1/3 der Gebühr	20.347,88 EUR
50 v. H. der Personen p. a. schulden 2/3 der Gebühr	81.391,53 EUR
25 v. H. der Personen p. a. schulden 3/3 der Gebühr	61.043,65 EUR
	162.783,05 EUR

Bei der Kalkulation der Benutzungsgebühr wurden alle Objekte berücksichtigt, die nach derzeitigem Planungsstand im gewählten Kalkulationszeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 mindestens 6 Monate für die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach AsylbLG zur Verfügung stehen, sodass Objekte, wie z. B. die Altenberger Straße 83 oder die Boxberger Straße 1 – 3 in der Kalkulation nicht berücksichtigt werden, da sie ab 1. Oktober 2016 bzw. 1. Januar 2017 für maximal 12 Monate als sogenannte Stand-by-Objekte bereitgehalten werden, ohne dass tat-

sächliche Kosten der Betreuung und Unterbringung im engeren Sinne entstehen. Ebenso wurde das Objekt Florian-Geyer-Straße 48 nicht mehr berücksichtigt, weil der Betreibervertrag im beiderseitigen Einvernehmen zum 31. Dezember 2016 beendet werden wird.

Anlagenverzeichnis:

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung von leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringungssatzung Asyl) |
| Anlage 2 | Kalkulation der Benutzungsgebühren |

Dirk Hilbert

**Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die
Unterbringung von Leistungsberechtigten Personen
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
(Unterbringungssatzung Asyl)**

vom [...]

Auf Grund der §§ 2 und 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014, SächsGVBl., S. 146, geändert durch Gesetze vom 2. April 2014, SächsGVBl., S. 234, vom 29. April 2015, SächsGVBl., S. 349), der §§ 1, 2, 9 und 10 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004, SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 3006, das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. November 2013, SächsGVBl., S. 822, geändert worden ist, sowie des § 3 Abs. 4 des Gesetzes zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz – SächsFlüAG in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2007, SächsGVBl. S. 190, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. April 2015, SächsGVBl., S. 349), hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden in seiner Sitzung am [...] folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I

- § 1 Zweckbestimmung, Personenkreise
- § 2 Arten von Unterbringungseinrichtungen
- § 3 Unterbringung in Übergangwohnheimen und sonstigen Unterkünften

Abschnitt II

- § 4 Art, Beginn und Dauer des Benutzungsverhältnisses
- § 5 Ende des Benutzungsverhältnisses und Umsetzung

Abschnitt III

- § 6 Weisungsrecht, Betretungsrecht
- § 7 Mindestanforderungen an die Unterbringung, Einbringen von Sachen
- § 8 Tierhaltung
- § 9 Umgang mit Unterbringungseinrichtungen und Veränderungen

Abschnitt IV

- § 10 Finanzierung drittbetriebener Unterbringungseinrichtungen
- § 11 Entstehung, Erhebung, Fälligkeit und Höhe von Benutzungsgebühren

Abschnitt V

- § 12 Haftung
- § 13 Verwaltungszwang
- § 14 Ordnungswidrigkeiten

Abschnitt VI

- § 15 Speicherung von Daten
- § 16 Schlussbestimmungen

Anlage 1: Übersicht der Unterbringungseinrichtungen nach § 3 Abs. 1

Anlage 2: Gebührenverzeichnis nach § 11 Abs. 2

Abschnitt I

Zweckbestimmung und Arten von Unterbringungseinrichtungen

§ 1

Zweckbestimmung und Personenkreis

- (1) Die Landeshauptstadt Dresden hält in Erfüllung ihrer Aufgabe als untere Unterbringungsbehörde i. S. d. § 2 SächsFlüAG Gemeinschaftsunterkünfte (Übergangswohnheime) und sonstige Unterkünfte für die vorübergehende Unterbringung des in Absatz 2 benannten Personenkreises als öffentliche Einrichtungen vor.
- (2) Die Unterbringungssatzung Asyl regelt die Benutzung der in § 3 genannten Unterbringungseinrichtungen i. S. d. § 3 Abs. 4 SächsFlüAG.
- (3) Nutzungsberechtigte im Sinne dieser Satzung (Nutzerinnen/Nutzer) sind alle nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997, BGBl. I S. 2022, zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. März 2016, BGBl. I S. 390) dem Grunde nach leistungsberechtigten Personen. Zu den Nutzerinnen/Nutzern zählen insbesondere Ausländer, die
 - a. eine Aufenthaltsgestattung nach Asylgesetz besitzen,
 - b. eine Aufenthaltserlaubnis besitzen
 - wegen des Krieges in ihrem Heimatland nach § 23 Absatz 1 oder § 24 des Aufenthaltsgesetzes,
 - nach § 25 Absatz 4 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes oder
 - nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes, sofern die Entscheidung über die Aussetzung ihrer Abschiebung noch nicht 18 Monate zurückliegt,
 - c. eine Duldung nach § 60a des Aufenthaltsgesetzes besitzen,
 - d. vollziehbar ausreisepflichtig sind, auch wenn eine Abschiebungsandrohung noch nicht oder nicht mehr vollziehbar ist,
 - e. Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder der in a. bis d. genannten Personen sind, ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen, oder
 - f. einen Folgeantrag nach § 71 des Asylgesetzes oder einen Zweitantrag nach § 71a des Asylgesetzes stellen.
- (4) Die Landeshauptstadt Dresden kann sich in Erfüllung der gesetzlich übertragenen Aufgabe Dritter bedienen.

§ 2

Arten von Unterbringungseinrichtungen

- (1) Unterbringungseinrichtungen im Sinne dieser Satzung sind:
 - a) Übergangswohnheime (§ 3 Abs. 1) sowie
 - b) sonstige Unterkünfte zur Unterbringung außerhalb von Übergangswohnheimen (§ 3 Abs. 2).
- (2) Die unter Absatz 1 genannten Unterbringungseinrichtungen können durch die Landeshauptstadt Dresden oder einer/einem von ihr beauftragten Dritten betrieben werden.

§ 3
Unterbringung in Übergangwohnheimen und sonstigen Unterkünften

- (1) Als Übergangwohnheime dienen Räumlichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften, welche zum Zwecke der Unterbringung des in § 1 Abs. 2 dieser Satzung genannten Personenkreises vorgehalten werden. Innerhalb der Übergangwohnheime können Notschlafstellen zur Unterbringung außerhalb der Sprechzeiten des Sozialamtes der Landeshauptstadt Dresden vorgehalten werden.
- (2) Als sonstige Unterkünfte gelten Objekte, die durch die Landeshauptstadt Dresden angemietet werden oder in ihrem Eigentum stehen und der Unterbringung dienen oder durch einen Dritten für diesen Nutzungszweck zur Verfügung gestellt werden. Als sonstige Unterkünfte gelten weiterhin Wohnungen, die zum Zwecke der Unterbringung zur Verfügung gestellt werden.

Abschnitt II
Benutzungsverhältnis

§ 4
Art, Beginn und Dauer des Benutzungsverhältnisses

- (1) Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich ausgestaltet. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Unterbringungseinrichtung oder in Räume bestimmter Art und Größe aufgrund dieser Satzung besteht nicht. Das Benutzungsverhältnis wird durch Verwaltungsakt (Zuweisung) begründet, der mit Nebenbestimmungen, insbesondere solchen nach § 13 Abs. 2 der Satzung, versehen werden kann. Das Benutzungsverhältnis beginnt mit dem Tag der Aufnahme, spätestens jedoch mit dem in der Zuweisung ausgewiesenen Aufnahmedatum. Die Zuweisung hat vorübergehenden Charakter.
- (2) Vor Aufnahme hat der Nutzer/die Nutzerin von sich aus auf etwaige Gefährdungen anderer Nutzer/-innen, insbesondere durch ansteckende Krankheiten, hinzuweisen. Unbeschadet hiervon kann das Sozialamt bei konkreten Anhaltspunkten vor der Aufnahme den Nachweis durch ein ärztliches Zeugnis verlangen, dass Bedenken gegenüber der Benutzung der Einrichtung nicht bestehen.

§ 5
Ende des Benutzungsverhältnisses und Umsetzung

- (1) Will die Nutzerin/der Nutzer das Benutzungsverhältnis beenden, ist vor Beendigung des Benutzungsverhältnisses die Genehmigung des Sozialamtes einzuholen.
- (2) Das Benutzungsverhältnis soll durch die Landeshauptstadt Dresden beendet werden, wenn die Nutzerin/der Nutzer
 - a) dem Grunde nach keine Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG mehr besteht,
 - b) aus gesundheitlichen Gründen nicht in einer Unterbringungseinrichtung verbleiben kann,
 - c) die Unterbringungseinrichtung nicht am Tage der Zuweisung bezieht,
 - d) die ihr/ihm zugewiesene Unterbringungseinrichtung nicht bewohnt bzw. nur zur Aufbewahrung ihres/seines Hausrates verwendet,
 - e) die Unterbringungseinrichtung nicht ausschließlich zu Wohnzwecken nutzt,
 - f) wiederholt Anlass zu Konflikten gibt, die zur Beeinträchtigung oder Gefährdung anderer Personen führen und diese Konflikte nicht auf andere Weise zu beseitigen sind,

- g) mit der Begleichung von Gebührenschulden in Höhe der für zwei Monate anfallenden Benutzungsgebühren im Rückstand ist und wiederholt keine fristgemäßen Gebühreneinzahlungen festgestellt wurden,
 - h) die Unterbringung durch arglistige Täuschung erreicht hat,
 - i) Sachbeschädigungen an der Unterbringungseinrichtung, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen vornimmt oder
 - j) Tiere in die Einrichtung einbringt und diese nach Aufforderung nicht entfernt.
- (3) Die Umsetzung der Nutzerin/des Nutzers in eine andere Unterbringungseinrichtung ist auch ohne deren/dessen Einwilligung insbesondere dann möglich, wenn
- a) die bisherige Unterkunft aufgelöst oder im Zusammenhang mit Abriss-, Umbau-, Erweiterungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen sowie aus Umständen, die eine Gesundheitsgefährdung des Nutzers nicht ausschließen (insbesondere Schädlingsbefall), ganz oder teilweise geräumt werden muss,
 - b) innerhalb der bestehenden Unterbringungseinrichtungen Umstrukturierungen notwendig sind, insbesondere, wenn landesrechtliche Zuweisungen die Verlegung erforderlich machen,
 - c) die Nutzerin/der Nutzer Anlass zu Konflikten gibt, die zu einer Beeinträchtigung oder Gefährdung anderer Personen führen und diese Konflikte nicht auf andere Weise zu beseitigen sind oder
 - d) Sachbeschädigungen an der Unterbringungseinrichtung, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen vornimmt.
- (4) Das Sozialamt kann befristet oder dauerhaft ein Hausverbot für einzelne Unterbringungsobjekte aussprechen, sofern von der Nutzerin/dem Nutzer Beeinträchtigungen oder Gefahren für andere Nutzer/-innen oder das Personal der Unterbringungseinrichtung ausgehen oder die Nutzerin/der Nutzer Anhaltspunkte zu Konflikten gibt, die nachhaltig den Hausfrieden stören.
- (5) Bei Umsetzung in eine andere Unterbringungseinrichtung, Beendigung des Benutzungsverhältnisses oder der Aussprache eines Hausverbotes haben die Nutzer/-innen die Unterkunft von persönlichen Gegenständen geräumt und besenrein zu übergeben. Im Falle andauernder Störungen kann bei erteiltem Hausverbot die Beräumung und Reinigung zu Kosten der Nutzerin/des Nutzers auch durch eine/einen beauftragten Dritten oder die Landeshauptstadt Dresden selbst erfolgen. Alle Schlüssel, auch etwaige auf eigene Kosten nachgefertigte, sind der Landeshauptstadt Dresden bzw. der/dem beauftragten Dritten zu übergeben. Die Nutzerin/der Nutzer haftet für alle Schäden, die der Landeshauptstadt Dresden oder einer/einem von ihr beauftragten Dritten oder einer Benutzungsnachfolgerin/einem Benutzungsnachfolger aus der Verletzung dieser Pflicht entstehen.

Abschnitt III

Allgemeine Bestimmungen zur Benutzung

§ 6

Weisungsrecht, Betretungsrecht

- (1) Die Nutzerin/der Nutzer hat den Anforderungen dieser Satzung und den darauf basierend ergehenden Weisungen des Sozialamtes der Landeshauptstadt Dresden und der/des beauftragten Dritten, welcher/welchem die Aufgaben durch das Sozialamt übertragen werden, nachzukommen. Die Nutzerin/der Nutzer ist zur Einhaltung der Hausordnung, der Wahrung des Hausfriedens und zur Rücksichtnahme gegenüber anderen Nutzerinnen/Nutzern verpflichtet.
- (2) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes der Landeshauptstadt Dresden und die/der vom Sozialamt beauftragte Dritte sind grundsätzlich berechtigt, die Räumlichkeiten der Nutzerin/des Nutzers zu betreten. Das Betretungsrecht besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes der Landeshauptstadt Dresden auch ohne vorherige Ankündigung. Für seitens des Sozialamtes beauftragte Dritte gilt Satz 2 bei Vorliegen von Gefahr im Verzug entsprechend.

§ 7

Mindestanforderungen an die Unterbringung, Einbringen von Sachen

- (1) Die Unterbringung der Nutzerin/des Nutzers richtet sich nach der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften (VwV Unterbringung) vom 24. April 2015 (SächsABl., S. 692) enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2015 (SächsABl.SDr. S. 348) in der jeweils geltenden Fassung. Ausnahmen und Abweichungen können vom Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden bestimmt werden.
- (2) Der Nutzerin/dem Nutzer ist grundsätzlich die Mitnahme/Einbringung von Handgepäck in die Unterbringungseinrichtung gestattet. Die darüber hinausgehende Mitnahme/Einbringung von Gegenständen bedarf der Anzeige durch die Nutzerin/den Nutzer und der Genehmigung des Sozialamtes der Landeshauptstadt Dresden oder des/der beauftragte/-n Dritte/-n. § 13 der Satzung gilt entsprechend.
- (3) Gegenstände, welche ohne die Genehmigung nach Absatz 2 in die Unterbringungseinrichtungen eingebracht werden, können beschlagnahmt und umgehend verwertet bzw. durch die Landeshauptstadt Dresden oder einer/eines von ihr beauftragten Dritten auf Kosten der/des Verursacherin/Verursachers entsorgt werden, sofern die Nutzerin/der Nutzer diese nicht nach vorherigen Aufforderung beräumt.
- (4) Bei Beendigung des Aufenthaltes sollen zurückgebliebene Gegenstände einen Monat in Verwahrung der Landeshauptstadt Dresden oder einer/eines von ihr beauftragten Dritten genommen werden. Nach Ablauf des Monats ist die/der beauftragte Dritte berechtigt die Gegenstände zu entsorgen oder sie einer anderweitigen Verwertung zuzuführen. Sofern die Landeshauptstadt Dresden die Unterbringungseinrichtung selbst betreibt, kann sie die Verwertung der Sachen, auch durch Versteigerung, nach Maßgabe des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2003, SächsGVBl. S. 614, 913, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. Oktober 2013, SächsGVBl. S. 802) anordnen. Ist eine Verwertung nicht möglich, können die Sachen einem gemeinnützigen Zweck zugeführt oder auf Kosten der/des Benutzenden entsorgt werden.
- (5) Die Nutzerin/der Nutzer ist verpflichtet, in den Unterbringungseinrichtungen gefundene fremde Gegenstände an das Sozialamt bzw. den/die beauftragte/-n Dritte/-n zu übergeben.

§ 8 Tierhaltung

- (1) Das Halten von Tieren ist in den Unterbringungseinrichtungen nicht gestattet.
- (2) Entfernt eine Nutzerin/ein Nutzer ein gehaltenes Tier nach Aufforderung nicht in angemessener Frist, ist die/ der beauftragte Dritte berechtigt, die Unterbringung des Tieres in einem Tierheim auf Kosten der Nutzerin/des Nutzers zu veranlassen.
- (3) Abweichend von Absatz 1 kann das Sozialamt das Halten eines nachweislich ausgebildeten Blindenführ- oder Behindertenbegleithundes in einer Unterbringungseinrichtung widerruflich genehmigen, soweit dies im Einzelfall zur Gewährleistung eines gefahrlosen Aufenthaltes in der Unterbringungseinrichtung bzw. zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft i. S. d. § 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) erforderlich ist.

§ 9 Umgang mit Unterbringungseinrichtungen und Veränderungen

- (1) Die Nutzerin/der Nutzer haben die Unterbringungseinrichtung und die Ausstattung sowie die Anlagen und die zum Gebrauch überlassenen Gegenstände pfleglich und schonend zu behandeln.
- (2) Der Nutzerin/dem Nutzer der Unterbringungseinrichtungen sind Veränderungen jeglicher Art an der Unterbringungseinrichtung, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Landeshauptstadt Dresden oder der/des beauftragten Dritten gestattet. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen und jederzeit widerrufen werden. Die Nutzerin/der Nutzer haftet für Schäden, die aufgrund von Veränderungen an der Unterbringungseinrichtung, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen entstehen und stellt die Landeshauptstadt Dresden von Ansprüchen Dritter frei.
- (3) Werden von der Nutzerin/dem Nutzer ohne Zustimmung der Landeshauptstadt Dresden oder der/des beauftragten Dritten Veränderungen vorgenommen, hat die Nutzerin/der Nutzer nach Aufforderung den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Kommt die Nutzerin/der Nutzer dieser Aufforderung nicht nach, können die Veränderungen auf Kosten der/des verursachenden Nutzerin/Nutzers zur Herstellung des früheren Zustandes beseitigt werden.

Abschnitt IV Finanzierung und Benutzungsgebühren

§ 10 Finanzierung drittbetriebener Unterbringungseinrichtungen

- (1) Bedient sich die Landeshauptstadt Dresden bei der Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Pflichtaufgabe einer/eines Dritten, zahlt sie an diese/diesen für Unterbringungseinrichtungen nach § 3 Abs. 1 dieser Satzung einen Kostensatz auf Grundlage eines geschlossenen Betreibervertrages. Der Kostensatz enthält die Kosten der Unterbringung.
- (2) Der jeweilige Kostensatz wird einrichtungsspezifisch in einem standardisierten Verfahren unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ermittelt. Er enthält die zum Betrieb der Unterbringungseinrichtung notwendigen Kosten.

§ 11

Entstehung, Erhebung, Fälligkeit und Höhe der Benutzungsgebühren

- (1) Für die Benutzung der Unterbringungseinrichtungen werden Benutzungsgebühren unter Beachtung von § 10 des Sächsischen Kommunalabgabengesetz (SächsKAG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004, SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 3006, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. November 2013, SächsGVBl., S. 822) erhoben.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Benutzungsverhältnisses nach § 4 Abs. 1 Satz 3. Sie endet mit dem Tag der ordnungsgemäßen Rückgabe der benutzten Räumlichkeiten und der dem Benutzenden überlassenen Gegenstände an die Landeshauptstadt Dresden oder einer/einen beauftragten Dritten. Sie endet spätestens mit dem in der Abmeldebestätigung ausgewiesenen Datum.
- (3) Für die Nutzung von Unterbringungseinrichtungen wird eine Benutzungsgebühr je Person und Monat der Unterbringung erhoben. Die Höhe richtet sich nach dem als Anlage 2 beigefügten Gebührenverzeichnis, welches Bestandteil dieser Satzung ist. Besteht die Gebührenpflicht nach Absatz 1 nicht für alle Tage eines Monats, erfolgt eine anteilige Bemessung für den gebührenpflichtigen Zeitraum, wobei der Monat mit 30 Tagen berechnet wird. Bei der Bemessung der Gebühren gelten der Tag des Einzuges und der Tag des Auszuges jeweils als ein voller Tag.
- (4) Soweit eine untergebrachte Person im Rahmen des Asylbewerberleistungsrechts Leistungen der Unterkunft als Sachleistung erhält und die Landeshauptstadt Dresden sich gegenüber der Nutzerin/dem Nutzer zur Kostenübernahme verpflichtet hat, ist sie/er von der Gebührenpflicht nach Absatz 1 ganz oder teilweise befreit.

Die Gebührenbefreiung endet mit dem Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen zur Gewährung der Sachleistung nach Asylbewerberleistungsrecht.

Personen, welche zum Ersatz der Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 7 Abs. 1 Satz 3 AsylbLG verpflichtet sind, unterliegen nicht der Gebührenpflicht i. S. dieser Satzung. Die Regelung des § 7 Abs. 1 Satz 3 AsylbLG wird durch diese Satzung nicht berührt.

- (5) Mit Erhebung einer Benutzungsgebühr wird diejenige/derjenige, die/der durch das Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden in eine Unterbringungseinrichtung zugewiesen oder in ihr aufgenommen wurde, zum Abgabenschuldner. Für minderjährige Nutzer sind die Personensorgeberechtigten gebührenpflichtig.
- (6) Die Benutzungsgebühr wird durch einen Gebührenbescheid festgesetzt. Die Benutzungsgebühr ist zehn Tage nach Zugang des Gebührenbescheides fällig. Abweichende Regelungen zugunsten der Nutzerin/des Nutzers können durch Bescheid geregelt werden.

Abschnitt V

Haftung, Verwaltungszwang und Ordnungswidrigkeiten

§ 12 **Haftung**

- (1) Die Nutzerin/der Nutzer haftet für Schäden, die sie/er in der Unterbringungseinrichtung, an ihrer Ausstattung, den Anlagen und an zum Gebrauch überlassenen Gegenständen verursacht. Er/Sie haftet auch für Schäden, die von Dritten, die sich auf Einladung der Nutzerin/des Nutzers in der Unterbringungseinrichtung aufhalten, oder durch ein von ihr/ihm eingebrachtes Tier verursacht werden.
- (2) Drohende oder bereits aufgetretene Schäden an den Räumen der Unterbringungseinrichtung sowie an der Ausstattung, den Anlagen oder an den zum Gebrauch überlassenen Gegenstände sind dem Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden oder einer/einem von ihr beauftragten Dritten unverzüglich zu melden. Die Benutzenden haften für Schäden, die durch schuldhaftes Verletzung der ihnen obliegenden Anzeigepflicht entstehen.
- (3) Die Haftung der Landeshauptstadt Dresden, ihrer Organe und ihrer Bediensteten gegenüber der Nutzerin/dem Nutzer und Besucherinnen/Besuchern wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Für Schäden, die sich die Nutzenden bzw. deren Besucherinnen/Besucher selbst oder gegenseitig zufügen und Schäden, die durch unvorschriftsmäßiges oder unsachgemäßes Verhalten anderer Personen entstehen, übernimmt die Landeshauptstadt Dresden keine Haftung. Ferner wird keine Haftung für Verlust, Sachbeschädigung oder Untergang von persönlichen Sachen und dem Handgepäck oder sonstigen eingebrachten Sachen der Benutzenden übernommen. Die Landeshauptstadt Dresden haftet weiterhin nicht für Lieferungen von Versorgungsträgern und Brennstofflieferungen, wie auch nicht für Versorgungsstörungen in der Bereitstellung von Wasser, Gas, Fernwärme und Elektrizität. Eine Haftung der Landeshauptstadt Dresden besteht auch nicht für eine gesundheitliche Beeinträchtigung der Nutzerin/des Nutzers, die insbesondere durch Nutzung der Unterbringungseinrichtung bei entgegenstehender geistiger oder körperlicher Verfassung entsteht.

§ 13 **Verwaltungszwang**

- (1) Räumt die Nutzerin/der Nutzer nach angeordneter Umsetzung in eine andere Unterbringungseinrichtung oder Beendigung des Benutzungsverhältnisses die Unterbringungseinrichtung nicht, so kann diese Räumung durch unmittelbaren Zwang vollzogen werden. Rückständige Benutzungsgebühren, Schadenersatzansprüche und die Kosten von Ersatzmaßnahmen werden durch Vollstreckung beigetrieben.
- (2) Die Zwangsmittel der Verwaltungsvollstreckung im Rahmen dieser Satzung werden, soweit nicht abweichend geregelt, nach Maßgabe des SächsVwVG angewendet.

§ 14 **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig gemäß § 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) Unterbringungseinrichtungen nach dieser Satzung anderen als in der Zuweisung benannten Personen und Dritten zum Gebrauch überlässt,
 - b) den Aufenthalt von Personen, die gegen die Regelung der Heim- und Hausordnung verstoßen, in dem ihr/ihm zugewiesenen Wohnraum duldet,
 - c) die Unterbringungseinrichtung zu anderen als Wohnzwecken verwendet,

- d) entgegen des Verbots in § 8 Abs. 1 der Satzung Tiere hält,
 - e) entgegen des Verbots aus § 9 Abs. 2 der Satzung ohne vorherige schriftliche Genehmigung Veränderungen an den Unterbringungseinrichtungen, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen vornimmt oder
 - f) Waffen, insbesondere Hieb-, Stich- oder Schusswaffen, sowie Betäubungsmittel, deren Besitz gemäß der geltenden Rechtslage nicht jedermann uneingeschränkt erlaubt ist, in die Unterbringungseinrichtung einbringt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten gemäß Abs. 1 können gemäß § 124 der SächsGemO in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987, BGBl. I S. 602, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13. Mai 2015, BGBl. I S. 706) mit einer Geldbuße von 5,00 Euro bis zu 1.000,00 Euro geahndet werden, sofern die Zuwiderhandlung nicht nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist. Wird eine Strafe nicht verhängt, gilt § 21 Abs. 2 OWiG.

Abschnitt VI

Speichern von Daten und Schlussbestimmungen

§ 15

Speicherung von Daten

- (1) Zur Bearbeitung der Zuweisung und zur weiteren Betreuung werden auf Grundlage von § 11 SächsFlüAG oder § 4 Abs. 1 Nr. 1 des Sächsischen Datenschutzgesetzes (SächsDSG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 2003, GVBl. S. 330, zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 29. April 2015, SächsGVBl. S. 349) in Verbindung mit dieser Satzung folgende personenbezogene Daten, sofern sie im Einzelfall benötigt werden, durch die Landeshauptstadt Dresden verarbeitet im Sinne von § 3 Abs. 2 SächsDSG:

Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Familienstand, Herkunftsland, Pass- bzw. Personalausweis-Nr. und Ausstellungsdatum, bisherige Wohnanschrift der Nutzer/-in, deren Verwandtschaftsverhältnis zu den Nutzern sowie festgestellte meldepflichtige Krankheiten nach § 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG - vom 20. Juli 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Artikel 6a des Gesetzes vom 10. Dezember 2015, BGBl. I S. 2229).

- (2) Die Löschung der erhobenen Daten richtet sich nach den unter Abs. 1 benannten spezialgesetzlichen Vorschriften, im Übrigen nach der Aktenordnung der Landeshauptstadt Dresden in der jeweils gültigen Fassung.
- (3) Durch die Bekanntmachung dieser Satzung werden die Nutzenden über die Aufnahme der in Abs. 1 genannten Daten in die automatisierte Datei unterrichtet.

§ 16
Schlussbestimmungen

- (1) Die nachfolgend genannten Anlagen sind Bestandteil der Satzung:
- Anlage 1: Übersicht der Unterbringungseinrichtungen nach § 3 Abs. 1
 - Anlage 2: Gebührenverzeichnis nach § 11 Abs. 2
- (2) Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Festlegung einer Kostenpauschale für Unterkunft und Heizung für Asylbewerber (Satzung Kostenpauschale Asylbewerber) vom 10. September 1998, veröffentlicht im Dresdner Amtsblatt Nr. 40/98 vom 1. Oktober 1998, zuletzt geändert im Dresdner Amtsblatt Nr. 42a/01 vom 18. Oktober 2001 außer Kraft.

Dresden, den

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 SächsGemO

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 benannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder der Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister

Anlage 1

Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung von Leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringungssatzung Asyl)

Übersicht der Unterbringungseinrichtungen nach § 3 Abs. 1

- Bauhofstraße 11
- Buchenstraße 15 b
- Florastraße 16
- Fritz-Reuter-Straße 21
- Gustav-Hartmann-Straße 4
- Großenhainer Straße 92
- Heidenauer Straße 49
- Karl-Stein-Straße 24
- Katharinenstraße 9
- Leipziger Straße 169
- Lockwitztalstraße 60/60a
- Pillnitzer Landstraße 273
- Strehleener Straße 20
- Tharandter Straße 8
- Trachauer Straße 9
- Wachwitzer Höhenweg 1a
- Waltherstraße 23

Anlage 2

Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung von Leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringungssatzung Asyl)

Gebührenverzeichnis gemäß § 11 Abs. 2

Nr.	Gegenstand	Gebühr je Person und Monat der Unterbringung
1.	- für die Nutzung von Unterbringungseinrichtungen nach § 3 Abs. 1 und 2	339,13 EUR

Hinweis: Die für die individuelle bzw. polizeirechtliche Betreuung der untergebrachten Personen entfallenden Kosten sind kein Bestandteil der Benutzungsgebühren. Besteht die Gebührenpflicht nicht für alle Tage eines Monats, erfolgt eine anteilige Bemessung für den gebührenpflichtigen Zeitraum, wobei der Monat mit 30 Tagen berechnet wird.

Gebührenbemessung

0. Hinweise zur Kalkulation

Die Kalkulation dient der nachvollziehbaren Darstellung der Gebührenbemessung in der Unterbringungssatzung. Zur Berechnung eines kostendeckenden Gebührensatzes werden dabei die gebührenfähigen Kosten in Form von Personal- und Sachaufwendungen durch die prognostizierte Auslastung dividiert. Die angegebenen Personal- und Sachaufwendungen enthalten dabei auch die Aufwendungen für die Mehrwertsteuer, es handelt sich um Bruttoaufwendungen.

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen umfassen die zum Betrieb der jeweiligen Unterbringungseinrichtung bzw. der Gruppe von Unterbringungseinrichtungen notwendigen Personalkosten und Personalnebenkosten (u. a. Aus- und Weiterbildungskosten und Kosten für Berufsunfallversicherung).

Sachaufwendungen

Die Sachaufwendungen umfassen die zum Betrieb der jeweiligen Unterbringungseinrichtung bzw. der Gruppe von Unterbringungseinrichtungen notwendigen Sachkosten (u. a. Kaltmiete, Betriebskosten und Bewirtschaftungskosten).

Prognostizierte Auslastung

Die prognostizierte Auslastung stellt die im Jahr durchschnittlich erwartete Auslastung der Plätze in der jeweiligen Unterbringungseinrichtung bzw. in der Gruppe von Unterbringungseinrichtungen dar. Der Ansatz ergibt sich aus der Unterbringungskapazität der jeweiligen Einrichtung bzw. Einrichtungsgruppe bezogen auf ein Kalenderjahr unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Auslastungsgrades.

Bemessung der Gebühren für Personen nach §1

Die dargestellten Personal- und Sachaufwendungen sowie die prognostizierten Leistungseinheiten beziehen sich auf alle in der jeweiligen Unterbringungseinrichtung bzw. in der Gruppe von Unterbringungseinrichtungen unterzubringenden Personenkreise. Hiervon umfasst sind auch Personen, welche nicht vom Anwendungsbereich der Unterbringungssatzung umfasst sind. Dies ist für die Berechnung des kostendeckenden Gebührenansatzes jedoch vorliegend unbeachtlich.

1. Unterbringung von Personen nach § 1

a) Personal- und Sachaufwendungen in Euro

- Bauhofstr. 11	96.258,15
- Buchenstr. 15b	308.791,57
- Florastr. 16	190.420,58
- Fritz-Reuter-Str. 21	2.881.516,30
- G.-Hartmann-Str. 4	1.730.401,53
- Großenhainerstr 92	296.569,97
- Heidenauer Str 49	1.012.153,11
- Karl-Stein-Str.24	938.291,20
- Katharinenstr. 9	626.203,33
- Leipziger Str. 169/Peschelstr. 26	98.155,11
- Lockwitztalstr. 60+60a	702.321,84
- Pillnitzer Landstr. 273	500.246,90
- Strehlener Str. 20	4.912.312,93
- Tharandter Str. 8	163.856,39
- Trachauerstr. 9	273.905,79
- Wachwitzer Höhenweg 1a	491.607,44
- Walterstr. 23	217.634,08
- Wohnungen	7.323.424,33
Summe	22.764.070,55

b) Prognostizierte Auslastung Anzahl Plätze

- Bauhofstr. 11	48,72
- Buchenstr. 15b	40,50
- Florastr. 16	72,00
- Fritz-Reuter-Str. 21	188,10
- G.-Hartmann-Str. 4	84,60
- Großenhainerstr 92	39,20
- Heidenauer Str 49	102,60
- Karl-Stein-Str.24	85,50
- Katharinenstr. 9	81,90
- Leipzigerstr. 169/Peschelstr. 26	54,00
- Lockwitztalstr. 60+60a	64,80
- Pillnitzer Landstr. 273	82,40
- Strehleener Str. 20	315,90
- Tharandter Str. 8	36,00
- Trachauerstr. 9	48,60
- Wachwitzer Höhenweg 1a	54,00
- Walterstr. 23	70,20
- Wohnungen	4.124,70
Summe	5.593,72

c) Gebührenhöhe (ohne Kostenerstattung) in Euro pro Monat (lit. a / 12 Monate / lit. b)

339,13



GB 5
Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Dr. Kristin Kaufmann

Landeshauptstadt Dresden
Integrations- und
Ausländerbeauftragte

GZ: INAUSLB
Bearbeiter: Frau Winkler
Telefon: (0351) 4 88 21 30
Sitz: II/94
E-Mail: kwinkler@dresden.de

Datum: 21. Juli 2016

Stellungnahme zur Vorlage V1283/16 (Unterbringungssatzung Asyl)

Sehr geehrte Frau Dr. Kaufmann,

ich nehme die genannte Vorlage zur Kenntnis und bitte ausdrücklich um Ersetzung der folgenden Textpassage unter § 7, Absatz 1:

Alt: "Ausnahmen und Abweichungen können vom Sozialamt (...) bestimmt werden."

Neu: "Die in der Verwaltungsvorschrift genannten Mindestempfehlungen werden als Mindeststandards in der Landeshauptstadt Dresden etabliert." ⇒ (alternativ: verankert, anerkannt o. ä.)

Begründung:

Die in der sächsischen Verwaltungsvorschrift genannten Mindestempfehlungen beschreiben einen Mindestrahmen zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Unterbringung, welche als Ziel im Integrationskonzept 2015 bis 2020 verankert ist. Daher sind sie als Mindeststandards anzuerkennen, da sie bisher nur Empfehlungscharakter tragen.

Die bisher gewählte Passage ermöglicht dem Sozialamt diese Mindestempfehlungen ohne weitere Absprachen - zum Beispiel durch einen politischen Meinungsbildungsprozess - zu unterschreiten. Unterschreitungen dieser Mindestempfehlungen sollten jedoch die absolute (befristete) Ausnahme sein und auf eine Mehrheitsentscheidung im politischen Raum zurückgehen.

Zudem rege ich an, das Verhältnis zentraler zu dezentraler Unterbringung von 40:60 Prozent und eine Kapazitätsgrenze von ca. 65 Plätzen je Gemeinschaftsunterkunft in die Satzung aufzunehmen. Beide Standards sollten verbindlich festgeschrieben werden. Sie sind derzeit nur unverbindlich im Fachplan Asyl beschrieben. Abweichungen sollten auch hier die befristete Ausnahme sein und auf eine Mehrheitsentscheidung im politischen Raum zurückgehen.

Mit freundlichen Grüßen

Kristina Winkler
Integrations- und Ausländerbeauftragte